



Ausgabe 8/2011

12. Mai 2011

Green News

Das Online-Magazin der Gewerkschaft der Polizei in Bayern

GdP fordert Einrichtung zur Unterbringung von entlassenen Sicherungsverwahrten



Helmut Bahr
Landesvorsitzender

München - (gdp) Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Sicherungsverwahrung hat nach Meinung der Gewerkschaft der Polizei Bayern für die Polizei tiefgreifende Konsequenzen: sie muss sich in

Kürze darauf einstellen, eine große Anzahl freigelassener gefährlicher Gewalttäter rund um die Uhr zu überwachen. Der Vorsitzende der GdP Bayern, Helmut Bahr sieht schwere Zeiten auf die Polizei zukommen: „Um die Bevölkerung vor diesen Tätern zu schützen, wird die Polizei sehr viele Beamtinnen und Beamte einsetzen müssen. Dies wird angesichts der ohnehin sehr knappen Personallage zu weiteren personellen Engpässen führen. Eine entsprechende Personalmehrung bei der Bayerischen Polizei ist damit unerlässlich. Die Überwachung durch die Polizei darf trotzdem kein Dauerzustand werden. Das Gericht hat deutlich gemacht, dass Therapie-Unterbringungseinrichtungen die einzige Alternative sind. Darauf hat die Gewerkschaft der Polizei ohnehin immer hingewiesen und die schnellstmögliche Schaffung dieser Einrichtungen gefordert.“

V.i.S.d.P.:

Gewerkschaft der Polizei
Landesbezirk Bayern
Satz und Layout: Markus Wimmer
E-Mail: wimmer@gdpbayern.de
Telefon: 089/578388-50
Telefax: 089/578388-9050

Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zieht für die Sicherungsverwahrung ganz enge Grenzen. Nur noch hochgradig gefährliche Straftäter mit psychischen Störungen dürfen in nachträglicher Sicherungsverwahrung verbleiben, andere müssen zeitnah freigelassen werden. Helmut Bahr: „Die Politik muss nun dafür sorgen, dass es rasch eine sinnvolle Alternative zur Sicherungsverwahrung in

Form von Therapiemöglichkeiten gibt. Es darf nicht sein, dass Schwereverbrecher, die von objektiven Sachverständigen als immer noch gefährlich eingestuft werden, entlassen werden und die Polizei dafür sorgen muss, dass ja nichts passiert. Ich will mir nicht ausdenken, was los ist, wenn der erste auf diese Weise Entlassene wieder rückfällig wird.“

GdP zu CDU-Positionspapier: Privat-Streifen in Problemvierteln von Großstädten

Witthaut: Hilflloser Versuch, Personalmangel bei der Polizei zu verschleiern

Potsdam/Berlin- (gdp) „Sogenannte Kiezläufer in Problemvierteln von Großstädten sind ein erneuter hilfloser Versuch der Politik, den offenkundigen Personalmangel bei der Polizei zu verschleiern“, sagte der Bundesvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Bernhard Witthaut heute am Rande einer Sitzung des GdP-Bundesvorstandes in Potsdam. Bürgerinnen und Bürger wollten auf ihren Straßen und Plätzen kompetente Ansprechpartner, die jederzeit und ohne Verzögerung eingreifen könnten, und das gewährleistete nur die Polizei.

Der GdP-Vorsitzende meint dazu: „Der aus einem Positionspapier der CDU stammende Vorschlag, private Sicherheitskräfte ohne hoheitliche Befugnisse in Problemvierteln für Ordnung und Sicherheit sorgen zu lassen, ist eine leicht zu entlarvende Beruhigungsspielle. In den Ländern wurden in den letzten Jahren



GdP-Bundesvorsitzender Bernhard Witthaut bei einem TV-Interview

Tausende von Stellen bei der Polizei abgebaut. Ein Ende der Personalkürzungen ist noch nicht abzusehen. Die Politik hat damit viel Vertrauen in der Bevölkerung und auch in der Polizei verspielt.“ Wer sich jetzt als entschlossener Hüter von Ordnung und Sicherheit präsentiere, ignoriere seinen fatalen Beitrag zur Ausdünnung der Polizei und schüre den Verdacht, sich vor wichtigen Wahlen in ein besseres Licht rücken zu wollen.



Dienstunfall-Info: Die richtige Sachverhaltsschilderung

Von Lorenz Firmhofer, BG München

Liebe Kolleginnen und Kollegen, bitte schildert den Sachverhalt, wie er auch passiert ist. Oftmals wird zum Beispiel bei Verletzungen im Dienstsport die Beteiligung anderer Kolleginnen und Kollegen, aus welchen Gründen auch immer, nicht angegeben. Es heißt dann so schön „ohne Fremdeinwirkung“ und das ist entsprechend oft für die Sachbearbeiter der Bezügestelle Dienstunfall nicht nachvollziehbar.

Die Sachbearbeiter prüfen, ob die entstandene Verletzung nach Sachverhaltsschilderung so auch entstehen konnte. Für diese Prüfung gibt es bestimmte medizinische Begutachtungsbücher, in denen detailliert steht, wie bestimmte Verletzungen entstehen können (Kausalität). Gibt der geschilderte Sachverhalt das nicht her, werden die Kolleginnen und Kollegen um eine genauere Stellungnahme gebeten. Häufig wird hier in der Antwort dann nur auf die Erstschilderung verwiesen, der man „nichts hinzuzufügen“ hat.

Der polizeiärztliche Dienst wird eingeschaltet und beurteilt unter Umständen nach Aktenlage, ob die Verletzung so entstehen konnte. Abschließend kommt das Schreiben der Bezügestelle Dienstunfall mit der Ablehnung der Anerkennung unter Begründungen wie z.B.:

- Zwischen Unfallschilderung und Verletzung kann kein Kausalzusammenhang hergestellt werden
- Bei der Art der erlittenen Verletzung muss eine Vorschädigung bestanden haben
- Es fehlen die in der medizinischen Literatur geschilderten Begleitumstände
- Es handelt sich um eine Gelegenheitsursache (mit Erklärung derselben)

Meistens ist der Zug jetzt abgefahren und es ist sehr schwierig, mit Attesten oder Gutachten (die selbst zu bezahlen sind, wenn nicht vom Dienstherrn in Auftrag gegeben) im Widerspruchs- oder Klageverfahren eine Anerkennung zu erreichen. Also schildert den Unfallhergang schon bei der Meldung so ausführlich und präzise wie möglich.

CSU lehnt Polizei-App im Innenausschuss ab

Die schwarz/gelbe Staatsregierung will keinen Polizei-App in Bayern. Der GdP-Ehrenvorsitzende und Landtagsabgeordnete Harald Schneider hatte für die SPD im Innenausschuss einen entsprechenden Antrag gestellt. Sicherlich gibt es wichtigere Probleme in der bayerischen Polizei. Aber in anderen Bundesländern hat die Polizei zum Teil schon entsprechende Apps. In Nordrhein-Westfalen wurde der Polizei-App bereits 60.000 Mal heruntergeladen. Damit haben die Bürger die Möglichkeit, in Sekundenschnelle die nächste Polizeidienststelle zu finden, Fahndungen der Polizei anzusehen und noch zahlreiche andere Möglichkeiten. Der Text des Antrages lautet wie folgt:

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, eine „Polizei-App“ zu entwickeln, die für die Nutzer kostenlos ist. Damit soll es den Nutzern ermöglicht werden auf die Internetseite der Bayerischen Polizei zuzugreifen, Informationen über Verkehrsunfälle, Unwetterwarnungen usw. abzurufen. Ferner sollte die App ermöglichen, dass über GPS-Ortung die nächste Polizeidienststelle angezeigt wird.

Begründung:

In Zeiten moderner Kommunikation sollte auch die Polizei auf diese Entwicklung reagieren und eine „Polizei-App“ kreieren. Damit wird es allen Smartphone-Nutzern möglich sein, sich ständig über Neuigkeiten bei der Polizei zu informieren. So können auch Fahndungsaufrufe oder die Suche nach vermissten Personen veröffentlicht werden.

Ferner könnten dort Tipps zur Verkehrssicherheit gegeben werden. Die „Polizei-App“ der Polizei in Nordrhein-Westfalen wurde bei der letzten CeBIT in Hannover präsentiert und bisher schon mehr als 50.000 mal heruntergeladen. Sie kommt bei den Nutzern sehr gut an, weil sie aktuelle und sinnvolle Informationen für unterwegs bietet.

Wer persönlich mit der Polizei Kontakt aufnehmen will, um Anzeige zu erstatten, kann sich mit der GPS-Ortung des Smartphones von seinem Standort aus die nächste Polizeidienststelle anzeigen lassen.

Die Applikation sollte zudem barrierearm sein.

GdP im Gespräch mit der CDU-Fraktion: „Offenes Ohr für die Belange der Polizei“



GdP-Chef Bernhard Witthaut im Gespräch mit dem Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, Volker Kauder (r.). Foto: Sascha Braun

Berlin - (gdp) Aktuelle Fragen der deutschen Sicherheitspolitik berieten GdP-Vorsitzender Bernhard Witthaut und der Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, Volker Kauder, in einem Gespräch am Dienstag in Berlin. Im Vordergrund des in angenehmer Atmosphäre geführten Meinungsaustauschs standen die Themen: Auslandseinsätze, Piraterie und die nach dem Tod Osama bin Ladens teils kontrovers diskutierte Frist-Verlängerung der Anti-Terror-Gesetze. Beide Gesprächspartner konnten zahlreiche übereinstimmende Positionen feststellen. MdB Kauder bot GdP-Chef Witthaut an, den Dialog fortzusetzen. Er habe stets, „ein offenes Ohr für die Belange der Polizei“.



Frauen in der Polizei noch immer benachteiligt

Zu einem mehrstündigen Meinungsaustausch traf sich der Vorstand der Frauengruppe mit der SPD-Landtagsfraktion. Dabei sprachen die Frauen viele Probleme an, mit denen Frauen in der bayerischen Polizei auch nach 20 Jahren seit der ersten Einstellung von Frauen in Bayerns Polizei zu kämpfen haben. Ein großes Problem ist nach wie vor für schwangere Kolleginnen die Verwendung in den Ballungsräumen. Sie sollten die Chance haben, vor der Entbindung und während der Elternzeit in ihrer Heimat Dienst zu verrichten. Dies sollte auch für Männer gelten, die die Elternzeit in Anspruch nehmen.

Für viele Frauen ist es ein echtes Problem, wenn Kindergärten kurzfristig wegen Erkrankung oder anderer Gründe geschlossen sind und die Kolleginnen keine Unterbringungsmöglichkeit für ihre Kinder haben. „Ideal wäre eine Notfallkinderbetreuung auf der Dienststelle“, so Maria Plötz. Dann könnten die Frauen in Notfällen die Kinder mit auf die Dienststelle bringen. Wichtig ist den Frauen auch eine Ganztagsfreistellung für alle Gleichstellungsbeauftragte in Bayern. „Die Arbeitsbelastung hat in den letzten Jahren enorm zugenommen“, so die Landesvorsitzende Christl Kern. MdL Helga Schmitt-Bussinger versprach entsprechende Anträge in die parlamentarische Beratung einzubringen. MdL Inge Aures berichtete von ihren Besuchen auf vielen Polizeidienststellen in Oberfranken und den Gesprächen mit Polizeibeamtinnen und Tarifbeschäftigten. Gewünscht wurde ein allgemeines Klagerecht für Personalräte. Dies müsste im Personalvertretungsrecht in Bayern verankert werden.

MdL Harald Schneider und Ehrenvorsitzender der GdP Bayern machte auf eine Personalrätekonferenz aufmerksam, die im Herbst von der SPD-Landtagsfraktion durchgeführt wird. Dabei könnten alle aktuellen Probleme diskutiert werden. Ein Schwerpunkt wird dabei auf den Tarifbereich gelegt. „Die Tarifbeschäftigten der Polizei werden seit Jahrzehnten in der Polizei benachteiligt“, so Harald Schneider „und durch die Polizeireform sind noch mehr Aufgaben auf die Inspektionen zugekommen, die die Tarifbeschäftigten zu erledigen sind.“



Im bayerischen Landtag traf der Vorstand der Landesfrauengruppe Bayern mit der SPD-Landtagsfraktion zusammen. Vordere Reihe von links: Ingrid Gruber, Gabriele Fink, MdL Harald Schneider, Ulrike Hofbauer, Landesvorsitzende Christiane Kern, MdL Inge Aures. Hintere Reihe von links: Silvia Kiendl, MdL Helga Schmitt-Bussinger, Maria Plötz und Mabel Kraus.

5% Reisekostenzuschuss* für alle GdP-Mitglieder

sw-touristik mit neuem Kooperationspartner: verbesserte Angebote und optimierter Service

*auf alle Pauschalreisen, Kreuzfahrten, Ferienwohnungen, (Unterkünfte Selbstanreise) Hotelbuchungen, Kultur- und Studienreisen, Reiseversicherungen.

24-Stunden-online-Buchungsfunktion auf www.swbayern.de
Bei Buchung über **unsere Reise-Homepage www.sw-touristik.de** erhalten Sie selbstverständlich auch **5% Reisekostenzuschuss**.

Sonderkonditionen mit reduzierten Servicegebühren für Flugbuchungen aller Linien-, Charter- und Low-Cost Gesellschaften, Bahnfahrkarten und Fahrten.
Bereitstellung eines 24 Std.-Notfalldienstes für Linienflüge.
Verbesserte Öffnungszeiten: werktags von 9.30 – 18.30 Uhr – samstags von 10 – 14 Uhr

Mitgliederservice der GdP
Sozialwerk der GdP Bayern GmbH
Telefon 089 / 57 83 88 24
Telefax 089 / 55 25 50 55
info@sw-touristik.de - sw-touristik.de

**Gut,
dass es
sie gibt.**

**Gewerkschaft
der Polizei**